

## **Atomabfall als Weg zur Aktivierung der tschechischen Bevölkerung?**

Bis zum Jahr 1989 mussten wir das Problem des abgebrannten Kernbrennstoffes in der Tschechischen Republik nicht lösen – der Atomabfall wurde in die Sowjetunion geliefert, wo das darin enthaltene Plutonium in den Atomsprengköpfen landete. Nach der Revolution entstand die Notwendigkeit, den Atomabfall in der Tschechischen Republik zu lagern – es wurde ein trockenes Lager für 600t dieses Schwermetalls in Dukovany errichtet (die Kapazität wurde durch den Regierungsbeschluss eingeschränkt – es wurde ein Versprechen den Bürgern gegeben, dass das Lager nicht größer sein wird), Inbetriebnahme im Jahre 1995, Lagerung in CASTOR VVER 440/84. Seit dem Jahr 1994 sucht CEZ die Lokalität für ein zentrales Atommülllager. Die Regierung hebt im Jahre 1997 die Einschränkung der Kapazität des Lagers in Dukovany auf - neue Lager werden in Dukovany und Temelin stehen: neues Lager im Areal des AKW Dukovany für 1.340 Tonnen des abgebrannten Kernbrennstoffes im Betrieb seit dem Jahr 2006, Lager im Areal des AKW Temelin für 1.787 Tonnen des abgebrannten Kernbrennstoffes – im Betrieb seit dem Jahr 2011. Als Ersatzreserve wird der unterirdische Stollen in der Lokalität Sklka weiter bleiben (in der Nähe der Urangruben in Dolni Rozinka).

Die Atomkraftwerke in Temelin und Dukovany produzieren im Laufe ihres geplanten Betriebes ca. 4.000 Tonnen des abgebrannten Kernbrennstoffes. Der Bau neuer Reaktoren oder die Verlängerung der Lebensdauer der vorhandenen Reaktoren kann diese Menge beträchtlich erhöhen. Auch trotz diverser Experimente mit der Aufbereitung hält man die Endlagerung des abgebrannten Kernbrennstoffes für den sichersten Weg. Die Tschechische Republik muss den Atomabfall sicher lagern – diese Aufgabe können wir nicht umgehen, ohne Rücksicht darauf, was für eine Meinung wir über die Zukunft der Atomkraftwerke haben.

Laut dem Atomgesetz (Nr. 18/1997) haftet der Staat für eine sichere Lagerung aller radioaktiven Abfälle, deswegen wurde die Verwaltung der Lagerstätten für radioaktive Abfälle (SURA) als Staatsorganisation errichtet, die dem Industrieministerium untergeordnet ist. Die Hersteller der radioaktiven Abfälle (also vor allem CEZ) tragen die mit der Lagerung des Atomabfalles verbundenen Kosten – Abführungen aus dem in den Atomkraftwerken erzeugten Strom auf das Staatsatomkonto.

Gemäß der durch die Regierung genehmigten Konzeption des Umganges mit radioaktiven Abfällen und abgebrannten Kernbrennstoff (jetzt verläuft ihre Aktualisierung) sind diese Meilensteine gegeben:

- Lokalitäten mit geeigneten geologischen Bedingungen im Einklang mit der Erhaltung der Entwicklung des gegebenen Gebietes zu finden und mit Beteiligung der Öffentlichkeit. Nach der Auswertung der Ergebnisse und Zustimmung der betroffenen Gemeinden zwei Lokalitäten in die Gebietspläne einzureihen (eine Hauptlokalität und eine Reservelokalität) – Termin 2015 und 2025.
- auf der Grundlage der Durchführung entsprechender geologischer Arbeiten und Auswertung der Ergebnisse die Eignung einer Lokalität für die Unterbringung der Tieflagerstätte zu belegen – Termin 2030

- die gesamte Projektdokumentation für die Einleitung des Baues des unterirdischen Labors und für die Realisation langfristigen Experimente für die Belegung der Sicherheit der Tieflagerstätte vorzubereiten – Termin 2035
- Bau der Tieflagerstätte – Baustart 2025
- Betrieb der Tieflagerstätte – Betriebsstart im Jahre 2065

Der Staat führt seit Jahren einen „Krieg“ mit den Gemeinden, die sich in der unmittelbaren Umgebung von sechs Lokalitäten befinden, die die Verwaltung der Lagerstätten (SURAO) für die künftige Unterbringung der sog. Tieflagerstätte für radioaktive Abfälle ausgesucht hat. Den Plan des Staates, der in ihrer Nähe den hochradioaktiven Abfall lagern will, lehnen die Öffentlichkeit und die gewählten Vertreter in den betroffenen Gemeinden und ihrer Umgebung ab. Eine große Widerstandswelle unter den Leuten vor Ort rief schon die Art der Auswahl auf – sie fand nämlich ohne das Bewusstsein der Gemeinden statt.

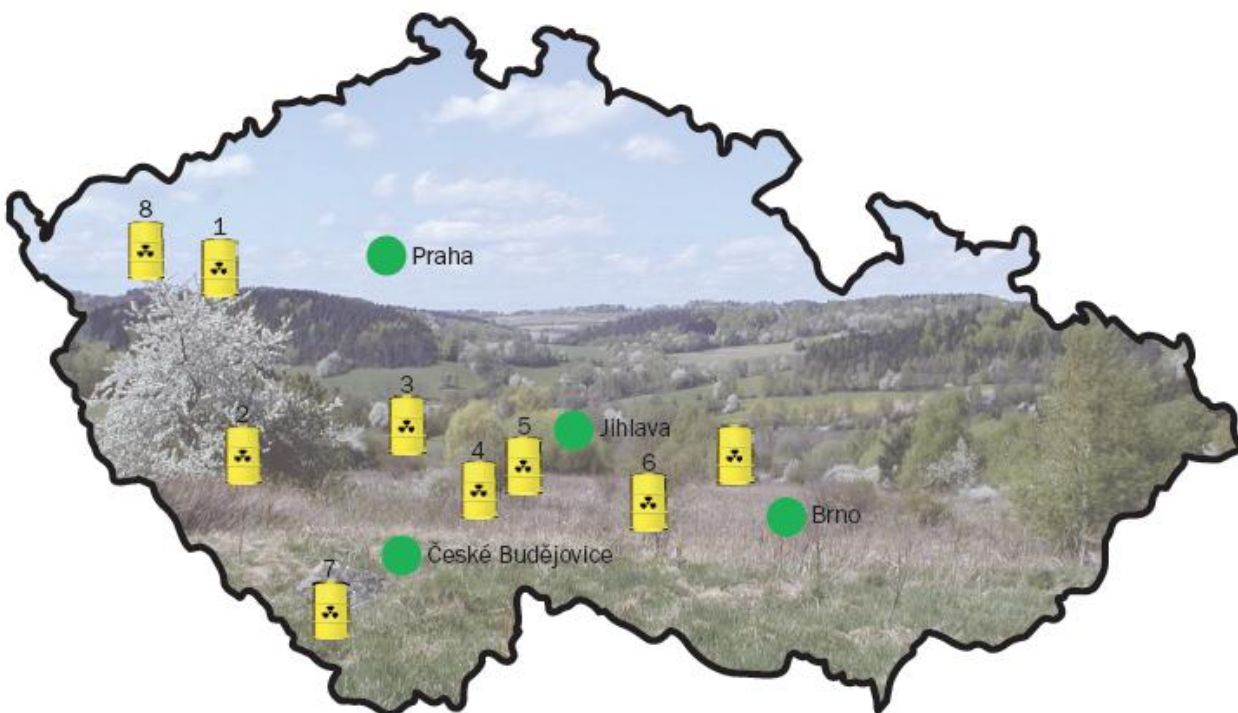
Auf Grund des Widerstandes der Bewohner wurden zu den ursprünglichen 6 Lokalitäten:

1. Certovka (Kreis Usti nad Labem, Lubenec)
2. Brezovy potok (Pilsner Kreis, Pacejov)
3. Magdalena (Südböhmische Kreis, Bozejovice - Vlksice)
4. Cihadlo (Südböhmischer Kreis, Pluhuv Zdar - Lodherov)
5. Hradek (Kreis Vysocina, Rohozna - Dolni Cerekev)
6. Horka (Kreis Vysocina, Budisov)

weitere drei ausgesucht:

7. Militärsperregebiet Boletice (Südböhmischer Kreis)
8. Militärsperregebiet Hradiste (Pilsner/Karlsbader Kreis)

Kravi Hora (Vysocina, Dolni Rozinka) – Urangruben



Wegen der Ablehnung der Planungen des Staates wurden und werden viele öffentliche Aktionen, Konzerte, Marathonlauf, Demonstrationen der Vertreter der Lokalitäten vor dem Regierungsamt usw. veranstaltet. In den ausgewählten Lokalitäten wurden 27 Gebietsreferenden durchgeführt:

Gemeinde	Lokalität	Datum	Wähleranzahl	Teilnahme	Zustimmung mit Lager	Nichtzustimmung mit Lager	Ungültige Stimme
Oslavička	Budišov	13. 9. 2003	80	80,0 %	1,5 %	98,5 %	0 %
Nadějkov	Božejovice-Vlksice	15. 11. 2003	584	67,5 %	2,8 %	95,7 %	1,5 %
Přeštěnice	Božejovice-Vlksice	15. 11. 2003	221	76,4 %	0,6 %	99,4 %	0 %
Božetice	Božejovice-Vlksice	15. 11. 2003	300	73 %	2,8 %	97,2 %	0 %
Hodov	Budišov	6. 1. 2004	230	72,5 %	4,0 %	96,0 %	0 %
Rudíkov	Budišov	24. 1. 2004	517	71,9 %	4,0 %	95,7 %	0,3 %
Budišov	Budišov	31. 1. 2004	903	59,1 %	12,1 %	81,8 %	6,1 %
Nárameč	Budišov	31. 1. 2004	297	71,7 %	5,2 %	93,4%	1,4 %
Lodhéřov	Lodhéřov	31. 1. 2004	470	84 %	0,6 %	99,4 %	0 %
Deštná	Lodhéřov	31. 1. 2004	525	63,4 %	1,8 %	93,1 %	5,1 %
Zhoř	Božejovice-Vlksice	7. 2. 2004	217	69,1 %	0 %	99,3 %	0,7 %
Jistebnice	Božejovice-Vlksice	17. 4. 2004	1 606	51,25 %	1,8 %	97,3 %	0,7 %
Pačejov	Pačejov	24. 4. 2004	630	80,8 %	1,75 %	95,5 %	2,75 %
Maňovice	Pačejov	24. 4. 2004	38	89,5 %	0 %	97,1 %	2,9 %
Olšany	Pačejov	24. 4. 2004		95,1 %	0 %	99,4 %	0,6 %
Rohy	Budišov	12. 6. 2004	112	65,2 %	9,6 %	89 %	1,4 %
Hojkov	Rohozná	28. 4. 2007	131	92,4 %	0 %	98,3 %	5,9%
Nový Rychnov	Rohozná	29. 9. 2007	809	47,2 % - ungültig!	5,2 %	94,8 %	0 %
Opatov	Rohozná	10.11. 2007	160	67,5 %	2,8 %	95,4 %	1,8 %
Dušejov	Rohozná	24. 11.2007	329	65,3 %	3,7 %	95,8 %	0,5 %
Jedlov	Rohozná	24.11.2007	150	68,7 %	1,9 %	98,1 %	0 %
Milíčov	Rohozná	8. 12. 2007	103	86,4 %	1,1 %	95,5 %	3,4 %
Dvorce	Rohozná	15. 12. 2007	150	73,3 %	4,5 %	95,5 %	0 %
Hubenov	Rohozná	15. 12. 2007	115	82,6 %	1,1 %	98,9 %	0 %
Cejle	Rohozná	22. 3. 2008	347	72,6 %	15,1 %	79,4 %	5,5 %
Rohozná	Rohozná	15. 8. 2009	312	75 %	2,6 %	96,6 %	0,8 %
Okrouhlá Radouň	Lodhéřov	10. 10. 2009	148	59,5 %	5,7 %	93,2 %	1,1 %

Ergebnisse der bis jetzt stattgefundenen Gebietreferenden zur Frage:

"Sind sie damit einverstanden, dass auf dem Gemeindegebiet die Tieflagerstätte für radioaktiven Abfall ausgebaut wird?"

In der Lokalität Rohozna und Okrouhla Radoun klang die Frage folgend:

„Sind Sie damit einverstanden, dass die Gemeinde alle ihre gesetzlichen Kompetenzen zur Verhinderung des Baues der Tieflagerstätte für radioaktiven Abfall nutzt?“

Das Ergebnis jedes der Referenden war eine eindeutige Ablehnung des Projektes. Die gemeinsame Position der Bürger und Vertreter der Bürgervereinigungen von allen sechs Lokalitäten, die durch die Tieflagerstätte gefährdet sind, ist der sog. Bozejovice – Aufruf. Die Bürgermeister formulierten dort ihre Anforderungen auf die Veränderung des Zuganges zu den Gemeinden. Sie verlangen, dass die Staatsbehörden ihre Meinungen respektieren und sie als gleichwertige Partner akzeptieren. Gegen das Vorhaben, die Tieflagerstätte auf ihrem Gebiet zu suchen, stellten sich Anfang des Jahres 2004

politische Repräsentationen des Südböhmischen, Pilsner und Karlsbader Kreises und des Kreises Usti.

Das Ergebnis der Aktivitäten der Gemeinden und der NGOs war im Jahre 2004 die Einstellung der Arbeiten nach der Suche der Endlagerstätte. Das ist auch das Ergebnis der langjährigen Arbeit der ökologischen Vereine. Den Vereinen und der Öffentlichkeit stellen wir unabhängige Informationen zur Verfügung, führen eine E-Mail-Liste, organisieren Seminare und Treffen in den betroffenen Orten, mit Aufforderungen, Petitionen, sicherten eine Rechtshilfe mit Referenden und mit der Gründung der Vereine usw.

Jetzt beginnt aber wieder Druck auf die Bewilligung der Untersuchungsarbeiten im Austausch für das Geld in die Gemeindekassen zu entstehen. Es wurde noch nicht die Schlüsselanforderung der Veränderung der Gesetze im Sinne der Verstärkung der Rechte der Gemeinden gelöst.

Auch trotzdem, dass es sich um einen großen Eingriff in ihr Gebiet handelt, haben die Gemeinden praktisch keine Möglichkeit, wie die Durchführung der Untersuchungen und der daran anschließende Tätigkeit abzulehnen. Die Gemeinden dürfen nur am Verfahren über die Festlegung des Untersuchungsgebietes teilnehmen, wenn es ihr Katastergebiet betrifft. Dort können sie die Bedingungen der Durchführung dieser Arbeiten vorschlagen, das Schlusswort hat jedoch das Umweltministerium. Wenn die Lokalität in die Untersuchung ausgewählt wird, haben die Gemeinden keine Möglichkeit mehr, den Bau der Lagerstätte zu verhindern – auch wenn die meisten Bewohner dagegen wären.

Der Bau der Tieflagerstätte wird die ausgewählte Region für Dutzende Jahre der nächsten Generationen verändern:

- Es handelt sich um einen großen Eingriff in die Umwelt.
- Der Bau wird das heutige soziale Aussehen der kleinen, auf die Landwirtschaft orientierten Gemeinden, verändern.
- Es wird eine umfangreiche Infrastruktur in Form von Zugangskommunikationen, der Hochspannungsleitungen und weiterer Bauten erstellt.
- Der Betrieb der Tieflagerstätte wird die Gemeinden dem Risiko eines Unfalles bei den Atomtransporten ausstellen.
- Die Tieflagerstätte wird das Leben in der Gemeinde und in der Region beeinflussen. In Folge der angeführten Tätigkeiten wird sich der Urlaubswert des Gebietes verringern, es kann auch das Vertrauen in die landwirtschaftliche Produktion aus dieser Lokalität sinken.

Die Gemeinden sollten die Möglichkeit haben, sich über die dauerhafte Einschränkung ihrer Eigentümerrechte zum Gebiet zu entscheiden, wo die Endlagerstätte errichtet werden soll. Der Staat lehnt jedoch die Anforderung der Gemeinden auf eine Veränderung des Prozesses ab, das ihnen ermöglichen würde, im Prozess der Auswahl der Lokalität für die Endlagerstätte mitzuentcheiden. Wenn den Gemeinden das Mitentscheidungsrecht zugegeben wäre, würde es eine Reihe von Vorteilen mitbringen. Damit würde es praktisch zur Gleichstellung der Gemeinden gegenüber anderen Subjekten im Prozess der Suche und der Bewilligung ausgewählter Atomanlagen kommen. Dieser Schritt wird die Position der Gemeinden stärken, womit sich das Handicap gegenüber dem ökonomisch und politisch viel stärkeren Subjekt – dem Staat – verringert. Die Staatsbeamten werden endlich anfangen, die Gemeinden als wirkliche Partner zu verstehen, die man nicht hintanstellen darf. Verstärkte Rolle der Gemeinden wird eine offene und demokratische Diskussion bringen und den Einwendungen der Öffentlichkeit Wert geben. Die davon entstandene Kritik kann die Sicherheit ausgewählter Atomanlagen steigern. Die Gemeinden, die die Zustimmung zur Unterbringung der Atomanlage in ihrem Gebiet geben, werden die Kraft haben, die Durchführung annehmbarer Kompensationsmaßnahmen zu verhandeln.

In jedem Fall ist jedoch eine notwendige Bedingung für jegliche Fortsetzung der Arbeiten, die zum Bau des Endlagers führen, die Einstellung der Produktion weiterer Tonnen des abgebrannten Kernbrennstoffes – also keine Verlängerung des Betriebes von Dukovany, im Gegenteil seine Stilllegung, so wie es bei den gleichen Reaktortypen im deutschen AKW Greifswald im Jahre 1990 der Fall war, keine Pläne von neuen Reaktoren und ein klarer Termin, wann das AKW in Temelin stillgelegt wird.

*Edvard Sequens*

*Vereinigung Calla*

*Frani Sramka 35*

*370 01 Budweis*

*Tel.: 387 310 166*

*E-mail: [edvard.sequens@calla.cz](mailto:edvard.sequens@calla.cz)*

*<http://www.calla.cz>*